

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
17. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 28.06.2016 um 17:03 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:03

Ende:
19:28

Vorsitz

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Dr. Edwin Bölke
Stv. Vincent Endereß
Stv. Harald Giebels
Stv. Udo Greeff
Stv. Gerd Holberg
Stv. Tobias Kaimer
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Folke Schmelcher
Stv. Rainer Wetterau

Bis TOP 16

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Julia Klaus
Stv. Marion Klaus
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Simone Kunkel-Grätz
Stv. Jens Niklaus
Stv. Bernd Stracke
Stv. Alexander Viemann

Bis TOP 19

Bis TOP 19

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat
Stv. Achim Metzger
Stv. Peter Schniewind
Stv. Annegret Wahlers

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch

Stv. Andreas Rehm
Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. David Hinz
Stv. Michael Ruppert
Stv. Reinhard Zipper

AfD-Fraktion

Stv. Frank Scheler
Stv. Ulrich Schwierzke

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Robert Abel

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StORR Michael Rennert
StOVR Gerhard Titzer
TA Ute Eden
TA Guido Mering
VA Dr. Jürgen Simon
StOAR Rainer Skrobliès
VA Wolfgang Voos
Stl Daniel Jonke
VA Anja Püschel

Personalrat

Frau Nicole Krenzel

Gäste

Herr Stefan Chemelli
AM Barbara Kamm
AM Sonja Lütz
AM Dieter Terjung

Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke eröffnet um 17:03 Uhr die 17. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. Dr. Warnecke eröffnet mit der Feststellung, der TOP 8 werde analog zur Begründung der letzten Sitzung des HFA von der heutigen Tagesordnung genommen. Weiterhin lege die Verwaltung eine Antwort zum Antrag der FDP-Fraktion unter TOP 15.2 als nicht-öffentliche Tischvorlage aus.

Stv. Lukat beantragt, den TOP 8 auf der Tagesordnung zu belassen, da die Anträge der Sportvereine den Fraktionen mittlerweile vorlägen und eine zumindest vorbereitende Diskussion hierzu erlauben würden.

Stv. Ruppert bemängelt, dass die Antworten zur FDP-Anfrage nur nicht-öffentlich eingeplant seien. Die Fragen 1-4 bezögen sich auf öffentliche Drucksachen, die entsprechend öffentlich beraten werden könnten.

1.Bgo. Formella stellt fest, dass sich die Antworten zu den Fragen 1 und 2 auf nicht-öffentliche Berichte des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises Mettmann beziehen und von daher nicht-öffentlich zu beraten sind. Eine entsprechende Beratung wird vereinbart.

Stv. Drennhaus kritisiert, die regelmäßige Auslage von mehrseitigen Tischvorlagen, die in der Kürze der Zeit nicht mehr gelesen werden könnten. Alternativ schlägt er in solchen Fällen vor, eine montägliche Zustellung vor Sitzungen des HFA/Rat einzuführen.

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, dass die Arbeitsaufträge aus dem HFA gewissenhaft und in voller Transparenz abgearbeitet worden seien. Diese Darstellung könne aber auf Wunsch künftig auch mündlich erfolgen. Oft gingen weiterzuleitende Informationen erst am Tag der Sitzung bei der Verwaltung ein.

Stv. Stracke hält es bei der Fülle an Tischvorlagen für oftmals nicht nachvollziehbar, welche Unterlagen der reinen Information dienen bzw. entscheidungsrelevant seien.

Bgm. Dr. Warnecke verspricht, den Ratsmitgliedern TOP für TOP die Tischvorlagen zu erläutern.

Vertreter der GAL- und SPD-Fraktion melden aufgrund des späten Eingangs einiger Unterlagen zu TOP 3.1 Beratungsbedarf an.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit einer Schiebung des TOP 3.1 unter der Prämisse einverstanden, wenn bis dahin keine baulichen Tatsachen geschaffen würden, die Optionen für einen jedweden Beschluss obsolet werden ließen.

Es besteht Einvernehmen, den TOP 3.1 in die nächste Sitzung des SUVA zu schieben.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

2./ Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014/ Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses Vorlage: 14/021/2016

Beschluss:

1. Der Ausschuss macht sich den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung von der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen.
2. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014.
3. Der Ausschuss empfiehlt den Ratsmitgliedern gemäß § 96 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

3./ Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Stadt Haan und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 Vorlage: 20/027/2016

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke verweist auf die Antwort der Kommunalaufsicht, die den Ratsmitgliedern als Tischvorlage vorliegt und fasst diese und die Kommentierung zu § 96 GO NRW kurz zusammen.

Stv. Wetterau erklärt für die CDU-Fraktion, die örtliche Rechnungsprüfung habe die noch offenen Fragen und Mängel nicht abschließend prüfen können. Man wolle im Sinne eines sauberen Verfahrensabschlusses die haftungs- und dienstrechtlichen Konsequenzen durch eine Rechtsanwaltskanzlei prüfen lassen und daher die Entlastung zeitlich zurückstellen. Gleichzeitig könnten bei der Versicherung Ausgleichszahlungen geltend gemacht werden.

Stv. Lukat moniert für die WLH-Fraktion, ein Zurückstellungsantrag der CDU-Fraktion liege nicht vor.

Stv. Stracke gibt seitens der SPD-Fraktion zu bedenken, dass sich der Rat mit einer Entlastung trotz offener Fragen rechtlich binde.

Stv. Lukat erwähnt die Option, eine beschränkte Entlastung erteilen zu können.

Dies stößt bei der CDU-Fraktion auf rechtliche Bedenken, eine zeitliche Zurückstellung der Entlastung sei die rechtlich sauberere Variante.

Stv. Lerch wundert sich als Vorsitzende des RPA über die plötzlich vorgetragenen Bedenken, die im Fachausschuss niemand vorgebracht habe.

Stv. Giebels betont, der CDU-Fraktion sei an der Ermittlung einer konkreten Schadenshöhe für die Haushaltsjahre 2013-2015 gelegen.

Stv. Wetterau verliest noch einmal den Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 1).

Stv. Lukat bittet die Verwaltung um Darlegung der finanziellen Auswirkungen dieses Antrages.

1.Bgo. Formella legt das Vergabeverfahren dar, nachdem mindestens 3 Angebote einzuholen seien. Lügen diese außerhalb des Kämmererlimits, sei die Finanzierung nur mittels einer Dringlichkeitsentscheidung zur Mittelbereitstellung möglich.

Nach einer kurzen Debatte über den möglichen Prüfungsumfang einer anwaltlichen Prüfung formuliert **Stv. Giebels** einen alternativen Beschlusstext zu Ziffer 3:

Die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird zurückgestellt, um offene Fragen klären zu können.

Stv. Lukat erklärt abschließend, die WLH-Fraktion werde diesen Beschluss ablehnen, weil er nicht hinreichend genug bestimmt formuliert sei.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2014 der Stadt Haan wird gem. § 96 und § 101GO NRW festgestellt.

2. Der im Haushaltsjahr 2014 entstandene Jahresfehlbetrag von 3.460.433,40 Euro wird gemäß der Vorgabe des § 75 Abs. 2 GO NRW durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 448.626,23 Euro und erstmalig durch die Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 3.011.807,17 Euro gedeckt.

3. Die Entlastung des Bürgermeisters für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird zurückgestellt, bis die noch offenen Fragen abschließend geklärt sind.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.) einstimmig

zu 2.) einstimmig

zu 3.) 30 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen

3.1. Parksituation entlang der B 228

/

Protokoll:

Der Top wurde von der heutigen Tagesordnung genommen.

4./ Schulstrukturplanung in Haan
a) Anlassbezogene Schulentwicklungsplanung
b) Weitere Vorgehensweise zur Gründung einer Gesamtschule
Vorlage: 51/118/2016

Beschluss:

1. Die anlassbezogene Schulentwicklungsplanung wird in der Fassung der Anlage 1 zur Vorlage 51/118/2016 zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt alle notwendigen Schritte vorzubereiten, damit der Beschluss zur Gründung einer Gesamtschule bei gleichzeitiger Auflösung von Haupt- und Realschule nach Vorberatung im BKSA am 31.08.2016 und im HFA am 13.09.2016 final im Rat am 20.09.2016 getroffen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung

4.1. Qualitätssicherung von Haupt- und Realschule
/ - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 07.06.2016

Protokoll:

Stv. Lukat erinnert seitens der WLH-Fraktion an unbeantwortete Anfragen ihrer Fraktion aus der BKSA-Sitzung.

Bgm. Dr. Warnecke erläutert, die Antwort der Bezirksregierung läge als Tischvorlage aus.

Beschluss:

Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 3.000 € mit Sperrvermerk für eine externe Begleitung und Unterstützung des Prozesses „Einführung und Umsetzung der Schulform Gesamtschule“. Dies betrifft insbesondere die Begleitung und Unterstützung der Lehrkräfte in den Kollegien der auslaufenden Schulformen sowie die Unterstützung der Prozesse zur Festlegung der Raumressourcen und Sachausstattung. Das Ausschreibungsprofil ist dem BKSA in der Sitzung am 31.8.2016 zur Freigabe und Aufhebung des Sperrvermerks vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5./ Pädagogische Übermittagbetreuung
Vorlage: 51/120/2016

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung, mit der Organisation und Durchführung des Angebotes der „Pädagogischen Übermittagbetreuung“ für die Dauer des Schuljahres 2016/2017 an der Realschule den Verein „Trägerverein der Übermittagbetreuung an der Emil-Barth-Realschule“ und am Gymnasium den Verein „Interaktiv e.V.“ zu beauftragen wird, vorbehaltlich des Erhalts von Landesmitteln, zugestimmt.

Ergänzend hierzu wird der „Trägerverein der Übermittagbetreuung“, ebenfalls für die Dauer des Schuljahres 2016/2017, mit der Durchführung und Organisation des Mittagstisches an allen drei weiterführenden Schulen (Hauptschule „Zum Diek, Emil-Barth-Realschule und Gymnasium) beauftragt.

Basis für die Verhandlungen bilden die als Anlage 1 beigefügten Entwürfe der jeweiligen Kooperationsvereinbarungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6./ Gemeindefremde Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen Vorlage: 51/108/2016/1

Beschluss:

Ab dem Kindergartenjahr 2017/18 (Beginn: 1.08.2017) werden in Haaner Kindertageseinrichtungen vorrangig Kinder mit Wohnsitz Haan aufgenommen.

Gemeindefremde Kinder, die die Kriterien

- Umzug nach Haan
- Mitarbeiter/innenkind
- Wohnsitz innerhalb der Grenze einer Haaner Kirchengemeinde
- Berücksichtigung des sog. „Waldorf-Kontingents“

erfüllen, können ebenfalls aufgenommen werden. Aufnahmen, die nicht unter diese Kriterien fallen, sind als Einzelfallentscheidung mit dem Jugendamt abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7./ Ergänzungsvorlage - Finanzierung Kindertageseinrichtungen / Defizitabdeckung Vorlage: 51/109/2016/1

Beschluss:

1. Die Stadt übernimmt / übernimmt anteilig Aufwendungen der Träger der Kindertageseinrichtungen, soweit von den Trägern in den Verwendungsnachweisen nach Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) nachgewiesene Aufwendungen die Erträge (Defizitabdeckung) übersteigen.

Die Defizitabdeckung für einen Träger / für eine Kindertageseinrichtung erfolgt unter der Maßgabe, dass ab dem Kindergartenjahr 2017/2018 **die vom Rat beschlossenen Kriterien zur Aufnahme gemeindefremder Kinder (siehe Vorlage 51/108/2016/1) durch den Träger / die Kindertageseinrichtung eingehalten werden.**

-
2. Für die Gewährung eines städtischen Zuschusses zur Abdeckung des Finanzierungsdefizits oberhalb der „KiBiz-Finanzierung“ für ein Kindergartenjahr werden zu Grunde gelegt:
- a) Grundlage ist der für ein Kindergartenjahr durch den Träger erstellte Verwendungsnachweis.
- Ausgangswerte sind die im Verwendungsnachweis ausgewiesenen Erträge und Aufwendungen.
- b) Rücklagen nach § 20a KiBiz sind vor Gewährung eines städtischen Zuschusses einzusetzen bzw. bei der Zuschussberechnung in Abzug zu bringen.
- Über Abweichungen hierzu, z. B. bei notwendig anstehenden und aus der Rücklage aufzuwendenden (Unterhaltungs-/Erhaltungs-)Maßnahmen, entscheidet der Rat.
- c1)** Für die Personalaufwendungen werden höchstens berücksichtigt der in Anlage zu § 19 KiBiz definierte Personalstundenwert für die Mindestausstattung (= „1. KiBiz-Wert“) zuzüglich der Personalstunden für Leitungsfreistellung, **soweit die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII keinen höheren Personalstundenwert vorgibt.**
- c2)** *Für einen eingruppigen Waldkindergarten, der gemäß Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII als selbständige Einrichtung geführt wird, erfolgt zusätzlich zur Berücksichtigung der Personalaufwendungen nach c1) die Berücksichtigung der Personalaufwendungen für eine weitere geeignete Kraft auf der Grundlage der Empfehlungen des LVR, Landesjugendamtes, „Rahmenbedingungen in Waldkindergärten“ in der jeweils aktualisierten Fassung im Umfang der in der Betriebserlaubnis genannten Betreuungszeit.*
- c3)** Überschreiten die im Verwendungsnachweis berechneten Personalstunden ohne Personalstunden für zusätzliche Pauschalen (= Abschnitt III. des Verwendungsnachweises) **den nach c1) oder c2) ermittelten Personalstundenwert**, erfolgt bei der Defizitberechnung eine prozentuale Kürzung der Personalaufwendungen in Höhe der prozentualen Überschreitung der Personalstunden.
- d) Der Höchstwert der zu berücksichtigenden Verwaltungskosten wird auf 2 % der Summe aus Zuschuss des Jugendamtes nach § 20 KiBiz plus Zuschuss Familienzentrum nach § 21 Abs. 4 plus Trägeranteil und 5 KiBiz plus Zuschuss Familienzentrum nach § 21 Abs. 6 und 7 KiBiz festgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorlage der Verwendungsnachweise für jedes Kindergartenjahr über die Entwicklung zu berichten.
- Haushaltsmittel für den Defizitausgleich sind vom Rat jährlich im Finanzplan zu etatisieren. Die Gewährung eines städtischen Zuschusses zum Defizitausgleich ist jährlich neu durch den Rat zu entscheiden.
4. Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu 2. a) bis d) erhält die Ev. Kirchengemeinde Haan für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2014/2015 zur Finanzierung der Aufwendungen oberhalb der Finanzierung nach dem Kinderbildungsgesetz (Defizitabdeckung) einen städtischen Zuschuss in Höhe von 377.926,66 EUR.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**8./ Verwendung der Sportpauschale
Vorlage: 51/119/2016**

Protokoll:

Dieser Top wurde von der heutigen Tagesordnung genommen.

**9./ Änderung der Sondernutzungssatzung
Vorlage: 32-2/036/2016**

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke verweist auf die Tischvorlage (Anlage 2), welche die offenen Fragen aus der letzten HFA-Sitzung beantwortet.

Es besteht Einvernehmen, der Variante 2 den Vorzug zu geben.

Beschluss:

Die Änderungssatzung wird in der Fassung der Variante 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10./ Änderungen in den Gebührenbedarfsberechnungen

Vorlage: 32-2/037/2016

Beschluss:

Die vorgeschlagenen Änderungen (Zugrundelegung der KGSt-Werte und Änderung des Zinssatzes auf 6,5 %) werden für die unter Pkt. 1 bis 3 genannten Satzungen übernommen. Für die unter Pkt. 4 genannten Satzungen wird die Änderung des Zinssatzes auf 6,5% übernommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11./ öffentlicher Bücherschrank - Antrag der WLH vom 25.3.2016

Vorlage: WTK/007/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt dem Sponsoringvertrag mit dem RWE zur Aufstellung eines Bücherschranks zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12./ Wahl der Schiedsleute für den Bezirk I Süd/Ost

Vorlage: 32-2/038/2016

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, die Kandidaten Wedel und Schüller erfüllten jeweils ein Kriterium, welches sie für die Aufgabe qualifiziere.

Die WLH-Fraktion präferiert Fr. Wedel, die anderen Fraktionen geben Hr. Schüller den Vorzug.

Beschluss:

1. Herr Peter Kürten wird zur Schiedsperson für den Bezirk I Süd/Ost gewählt.
2. Herr Peter Schüller wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Bezirk I Süd/Ost gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(Stv. Lerch hat an Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.)

13./ Ehrenamtskarte NRW

- hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 08.06.2016

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion. Das große ehrenamtliche Engagement vieler Haaner müsse entsprechend gewürdigt werden. Die Ehrenamtskarte NRW biete landesweite Vergünstigungen für ihre Inhaber.

Stv. Wetterau führt seitens der CDU-Fraktion aus, dass noch einige Erkenntnisse fehlten und der TOP zur weiteren Sachverhaltsaufklärung in die kommende Sitzung des Rates geschoben werden sollte.

Stv. Sack ist der Ansicht, der Rat könne durchaus hier und heute eine Grundsatzentscheidung treffen, um das Ehrenamt symbolisch zu stärken.

Stv. Ruppert wünscht sich eine kurze Info über Aufwand und Nutzen der Karte. Dem Grundgedanken einer Stärkung des Ehrenamtes bringe er Sympathie entgegen.

Stv. Lukat wirft ein, ihr Antrag enthalte einige Links, die diesen Informationsbedarf hätten stillen können.

1.Bgo. Formella macht deutlich, dass diese Aufgabe zusätzliche verwaltungsinterne Ressourcen binde und die Verwaltung eine Vorlage vorbereiten werde.

Stv. Kaimer führt seitens der CDU-Fraktion aus, das Ehrenamt werde geschätzt und müsse unterstützt werden. Man schließe sich der Wortführung des Stv. Sack an.

Stv. Zipper nennt als negatives Beispiel für das Verhältnis von Aufwand und Nutzen die Stadt Ratingen, bei der ein riesiger Verwaltungsaufwand entstanden sei und die Karte kaum genutzt werde.

Stv. Sack formuliert einen Beschlussvorschlag als Grundsatzentscheidung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan beauftragt die Verwaltung, die Einführung der Ehrenamtskarte NRW vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**13. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann
1./ Vorlage: 32-2/011/2015/1**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in Anlage 1 beigefügten Entwurfs eine "Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann" abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14./ Neubesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Im Jugendhilfeausschuss ersetzt Herr Martin Haesen als stimmberechtigtes Mitglied für den CVJM Haan e.V. Herr Andreas Radosch.

Der Liste der sachkundigen Bürger für die CDU-Fraktion wird Herr Tim Feisel zugefügt.

Im BKSA ersetzt Frau Gabriele Haage Frau Janine Preuss-Sackenheim als Vertreterin der Kirche. Frau Haage wird künftig von Herrn Wohlrab vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

15./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert den Antrag der WLH-Fraktion zum Thema „Erdarbeiten“.

Bgm. Dr. Warnecke erklärt, grundsätzlich freue sich die Stadt über so viel gärtnerisches Engagement und man könne sicher auch der WLH eine Gartenfläche zur Verfügung stellen.

Stv. Lukat erkundigt sich, wie weit die Nachbesetzung des Leerstandes am Windhövel durch ein Fitness-Center gediehen sei. Als Problem sehe sie die fehlenden Parkplätze in diesem Bereich.

Bgo. Alparslan erklärt, es liege dahingehend kein Antrag vor.

15. Neupositionierung zum Thema Handball-Leistungssport"

1./ -Anfrage der WLH-Fraktion vom 11.06.2016

Protokoll:

Bzgl. der Anfrage der WLH-Fraktion und der DJK Unitas Haan wegen der Aufhebung des Haftmittelverbotes in der Sporthalle Adlerstraße verweist **Bgm. Dr. Warnecke** auf die bereits im BKSA vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 3).

15. Bitte um Positionierung zum Handball-Leistungssport in Haan

1.1. -Schreiben der DJK Unitas Haan e.V. vom 02.06.2016

/

Protokoll:

siehe TOP 15.1

15. Rettungs- und Krankentransportgebühren

2./ -Anfragen der FDP vom 10./17.05.2016

Protokoll:

1.Bgo. Formella beantwortet die Anfrage der FDP-Fraktion gemäß Anlage 4.

16./ Mitteilungen

Protokoll:

Bgm. Dr. Warnecke berichtet über einen Anruf der Bezirksregierung Arnsberg. Demnach würden Haan bis zum 30.09.2016 weitere 100 Flüchtlinge zur Unterbringung zugewiesen. Sie habe die Bezirksregierung darum gebeten, im September, Haan wöchentlich 25 Flüchtlinge zuzuweisen.

Stv. Ruppert gibt eine persönliche Erklärung ab. Danach empfinde er es als Armutszeugnis, dass über ein Thema mit einer derartigen Tragweite wie die Zukunft der Haaner Schullandschaft im Rat keine öffentliche Diskussion geführt werde. Ungeachtet des heutigen Beschlusses werde die FDP-Fraktion diese aber weiterhin führen.

Bgm. Dr. Warnecke verabschiedet Herrn Beyer als Sachbearbeiter für Rats- und Ausschussangelegenheiten anlässlich seiner letzten Ratssitzung. Sie spricht ihm ihren Dank für 12 Jahre Arbeit in dieser Tätigkeit aus und überreicht ihm ein Präsent. Gleichzeitig stellt sie mit Herrn Jonke seinen Nachfolger vor.